

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris BURES
Parlament
1017 Wien

1. August 2017

GZ. BMEIA-SY.90.13.03/0001-VII.4/2017

Die Abgeordneten zum Nationalrat Wendelin Mölzer, Kolleginnen und Kollegen haben am 1. Juni 2017 unter der Zl. 13271/J-NR/2017 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Wiederaufbau und humanitäre Hilfe nach Beendigung des Bürgerkriegs in Syrien“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Die Vermittlungs-Bemühungen orientieren sich am Genfer Kommuniqué aus dem Jahr 2012 bzw. an der Resolution 2254 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2015. Demnach soll nach Bildung einer Übergangsregierung, die sich aus Mitgliedern des derzeitigen Regimes und der Opposition zusammensetzen soll, eine neue demokratische Verfassung erstellt werden. Auf Basis dieser neuen Verfassung sollte - innerhalb eines Zeitraums von 18 Monaten - eine neue parlamentarische Vertretung gewählt werden. Die Bemühungen sind bisher erfolglos verlaufen, es ist derzeit noch keine politische Lösung absehbar.

Zu den Fragen 3 bis 8:

Österreich leistete in der von der Syrienkrise betroffenen Region seit Beginn des Konflikts Hilfe in der Höhe von rund Euro 79 Mio.; zuletzt wurde dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) Euro 1 Mio. aus dem Auslandskatastrophenfonds für die Gesundheitsversorgung von Kindern bereitgestellt.

./2

Österreich zählt mit Euro 11,5 Mio. zu den größten Gebern des Regionalen Treuhandfonds der Europäischen Union (EU) in Reaktion auf die Syrienkrise und des MADAD-Fonds. Unterstützt werden vorwiegend Flüchtlinge und ihre Gastgemeinden in den an Syrien angrenzenden Nachbarstaaten wie Jordanien, Libanon, Türkei und Irak sowie in anderen von der Syrienkrise betroffenen Ländern (wie z.B. auf dem Westbalkan).

Durch Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Gesundheits- und Wasserversorgung sowie Wirtschaft sollen Perspektiven für die Flüchtlinge und ihre Gastgemeinden vor Ort geschaffen und so unter anderem der Migrationsdruck gelindert werden. Eine Tätigkeit des MADAD-Fonds innerhalb Syriens ist in Zukunft geplant, derzeit aber aufgrund der aktuellen Sicherheitslage nicht möglich.

Sebastian Kurz

